

Entpolitisierung und Desorientierung als Vorstufen zur Barbarei

„Friedensmahnwachen“, hypernarzisstische Subjektivität und postpolitisch-autoritärer Kapitalismus

von Volker Koehnen

Ob die drei Hautakteure der „Friedensmahnwachen“ – Jebesen, Elsässer und Mährholz - als Personen nun rechtspopulistisch, rassistisch oder antisemitisch eingestellt sind, ist für die politische Beurteilung der „neuen Montagsdemos“ als Spektakel völlig uninteressant, ebenso wie die pauschale Kritik an politisch nicht festgelegten Teilnehmer_innen an diesen Demos zu dieser Einordnung wenig beiträgt, denen es doch um ein Herzensangelegenheit („Kein Krieg!“) zu gehen scheint. Vielmehr sollte linke und emanzipatorische Kräfte interessieren, was eigentlich bei den „neuen Montagsdemos“ politisch konkret passiert, mit welchen Vokabeln kommuniziert wird, welche politische Wirkung dies entfaltet und in welcher politischen „Ecke“ man sich als Teilnehmer_in wiederfinden kann, wenn man sich auf das Spektakel einlässt. Das Phänomen „neue Montagsdemos“ bzw. ihrer Organisatoren kann durchaus als *das* Symptom eines inhaltsentleerten, unpolitischen Kapitalismus in seiner postpolitisch-autoritären Form schlechthin interpretiert werden, welcher zur Steigerung von Entpolitisierung und Desorientierung der Menschen beiträgt. Damit sind die „neuen Montagsdemos“ Teil dessen, was sie kritisieren. Insofern wird im Folgenden keine Psychoanalyse der drei Organisatoren Jebesen, Elsässer und Mährholz angefertigt, wohl aber eine kritische Beschreibung eines (un-)politischen Phänomens versucht.

Entsicherung und Entdemokratisierung: Megatrends postdemokratisch-autoritärer Vergesellschaftung

Einige linke Theoretiker_innen beschreiben den aktuellen Zustand kapitalistischer Vergesellschaftung als eine „Vielfachkrise“ im Zuge der 2008 ff. offenkundig gewordenen Finanzmarktkrise. Sie versuchen diese theoretisch zu verarbeiten und sprechen in ihren zeitdiagnostischen und strukturalen Analysen des gegenwärtigen neoliberalen (Krisen-)Regimes wahlweise von „autoritärem Kapitalismus“ (Frank Deppe), „disziplinierendem Neoliberalismus“/„neuem Konstitutionalismus“ (Stephen Gill), „sozialer Demokratie“ (David Salomon) oder „Postdemokratie“ (Jacques Rancière, Colin Crouch). Allen Ansätzen ist gemein, dass sie die gesellschaftlichen, politischen, ökonomischen und kulturellen Umwälzungen und Veränderungen seit dem Ende des Fordismus in den 1970er Jahren und verstärkt seit Ausbruch der Vielfachkrise durch im groben *zwei Megatrends* beschreiben: erstens die *Entsicherung*, also die fortgeschrittene Erosion des Sozialstaates und der Verlust kollektiver (gewerkschaftlicher) Gegenmacht bei gleichzeitigem Ausbau der sicherheitsstaatlich-autoritären Machtapparate, sowie die Entstehung neuerer Subjektivierungsformen, die im Modus der Selbstdisziplinierung die Imperative der kapitalförmigen Selbstverwertung antizipieren. Als zweiter Megatrend kann die *Entdemokratisierung* genannt werden, also die Aushöhlung demokratischer Institutionen und Erosion der Volkssouveränität durch die Verlagerung legislativ-exekutiver Entscheidungen in technokratische Expertengremien, sowie die gleichzeitige „Rückkehr des Verdrängten“ in einer verzerrten Perspektive auf Volkssouveränität, wie sie z.B. im verbreiteten Phänomen der

„Wutbürgerbewegung“ aufscheint. Der Politikwissenschaftler Colin Crouch beschreibt beispielsweise den aktuellen Zustand unserer Demokratie als neoliberal-technokratische „Post-Demokratie“; eine Demokratie, die zwar formal intakt ist, in der politische Konflikte um prinzipielle Inhalte aber nicht mehr stattfinden, weil es scheinbar nichts mehr zu diskutieren gebe: die Welt sei eben, so wie sie sei. Diese Orientierung am (neoliberalen) „Sachzwang“, an einer „Wirklichkeit“, die nicht mehr interpretiert werden müsse, sondern aus der „direkt“ das Notwendige an politischen Maßnahmen abgelesen werden könne (vgl. die berühmte „Alternativlosigkeit“), wurde intellektuell nach dem Zusammenbruch des Eisernen Vorhangs erstmals vom Historiker Francis Fukuyama vorbereitet und formuliert: das Ende des Zeitalters der „Ideologien“ (übersetzt: das Ende des politischen Streits um die Interpretation unserer Wirklichkeit), sei gekommen. Diese Nicht-Ideologie kann nun aber selbst wieder als Ideologie begriffen werden, weil sie das Gegebene absolut setzt; eine Ideologie, die das Politische als grundsätzlichen Streit um eine bessere Zukunft abgesetzt hat und die den Menschen entmündigt, zum „Opfer“ der scheinbar unumstößlichen Wirklichkeit macht. Das führt dazu, dass politische Akteure in Parteien und Parlamenten jeden Begriff von einer besseren Welt aufgegeben zu haben scheinen und sich in einem – „alternativlosen“ – Klein-Klein der Tagespolitik verlieren, bis hin zu der Diagnose, dass ihnen schlicht ein Begriff vom Kapitalismus und seiner Krise fehlt. Woran aber sollen die gesellschaftlichen Subjekte sich denn orientieren, wenn es nicht die politische Klasse mit einem „Angebot“ dezidierter gesellschaftspolitischer Standpunkte und/oder Standorte tut? Ein solches Klein-Klein sorgt folgerichtig für ein gesellschaftspolitisches Klima, in dem jene Ortlosigkeit des Politischen und der Verzicht auf politische Programmatik dazu führt, dass sämtliche politische Verirrungen mit Genuß ausagiert werden und damit die Politiklosigkeit noch verlängern: Esoterik, religiöser Fundamentalismus, faschistische Verschwörungstheorien, aber auch Wutbürgertum und neoliberale „Alternativlosigkeit“.

Auf der anderen Seite führt das neoliberale Krisenregime der Politik zu einer massiven Prekarisierung der sozialen und ökonomischen Situation vieler Menschen: Niedriglöhne, prekäre Beschäftigung, erodierendes soziales Netz als auch der Zusammenhalt der Gesellschaft durch die immer stärkere Aufspaltung in arm und reich bedroht. Dies führt zu einer massiven gesellschaftlichen Verunsicherung. Und reale Konflikte um Staatsgrenzen in der internationalen Politik und deren Verletzung, wie aktuell in der Ukraine, sind in der Lage, diese diffusen Unsicherheits- und Ohnmachtsgefühle noch zu verstärken. Daraus resultieren reale Ängste, die ernst zu nehmen sind. Doch – und das wäre die entscheidende politische Frage – an wen oder was kann und muss sich solcherlei Verunsicherung, Unmut und Angst richten? Wer oder was ist der adäquate Adressat des allgemeinen „Unbehagens in der Kultur“? Hierauf gibt es eine politische und eine unpolitische Antwort. Die *politische* Antwort lautet: Die multiple Krise, die die Gesellschaften Europas seit 2007 ff. verstärkt erleben, ist in Wahrheit eine Krise unseres Gesellschaftssystems, sozusagen unser aller Krise, eine Krise kapitalistischer Vergesellschaftung und der der Politik, und nicht die „schuld“ Einzelner. Die *unpolitische* Antwort: es sind einzelne Akteure, die unser Unglück sind, wie z.B. „die gleichgeschalteten Medien“, „die korrupten und unfähigen Politiker“, „das böse Amerika“ oder die „Verschwörung der Juden“. Die *politische* Antwort thematisiert immer Strukturen, die unsere Gesellschaft bilden und durchziehen, z.B. der Zwang zur Kapitalakkumulation und eine Politik als deren „Hilfstrupp“, und an deren Reproduktion wir alle (!) Anteil haben; die *unpolitische* Antwort wälzt Probleme immer auf konkrete Gruppen von Menschen oder Länder ab, sie stellt eine Art Sündenbock-Suche dar. Auf die „neuen Montagsdemos“ angewendet bedeutet dies: sie geben eine *unpolitische* Antwort,

weil immer Amerika oder die FED es ist, es immer die Medien oder die Politiker sind, die uns angeblich an einem „guten Leben“ hindern. Diese Analyse, die keine ist, ist aber nicht nur unpolitisch, weil sie – jenseits von Ein-Punkt-Forderungen („Kein Krieg!“) - keine eigene politisch-programmatische Anstrengung unternimmt, die Anlass für das Nachdenken über gesellschaftliche Zusammenhänge sein könnte; sie ist ebenso intellektuell bescheiden wie gefährlich, weil Sündenböcke und Verschwörungstheorien in der Geschichte ausschließlich von rechten bis faschistischen Gruppierungen gesucht und propagiert wurden. Wollt Ihr Euch, so möchte man die Teilnehmer_innen fragen, wirklich in diese Tradition stellen? Ich kann es mir nicht vorstellen. Man muss also die genannten Megatrends um einen dritten erweitern: die *Entpolitisierung*, die von einer Art Expressivität und Emotionalität geprägt ist.

Nicht-Politik des Gefühls und der Inhaltsleere statt emanzipatorische Politik

Insofern fügen sich die neuen Montagsdemos passgenau ein in post-demokratische Zustände: sie verlängern die Inhaltsleere und Orientierungslosigkeit, indem sie ausschließlich auf den demonstrativen Ausdruck eines Gefühls, mitsamt ein paar verschwurbelten, in sich unstimmgigen und zusammenhanglosen Erklärungsfetzen setzen. Solcherlei Nicht-Politik - besteht sie nun im neoliberalen „Alternativlosigkeit“ oder im emotionalen Signalismus - erkennt man immer an einem Mangel: dem Fehlen eines offenen, konstruktiven, wertorientierten Streits um eine bessere Gesellschaft oder einer Aufforderung dazu; stattdessen ereignet sich Nicht-Politik in der Formulierung verschwörerischer Schuldzuschreibungen. Nicht-Politik ist im Kern manichäisch, d.h. sie unterscheidet immer zwischen gut und böse, während Politik zwischen richtig und falsch, angemessen oder unangemessen, brauchbar oder nicht brauchbar, usw. oszilliert. Nicht-Politik entledigt sich auf diese Weise den „Tiefen des Konflikts“, der eigene gedankliche Anstrengung und die steinige Suche nach einem eigenen Standpunkt erfordern würde. Letztlich basiert Nicht-Politik immer auf der Zelebrierung eines diffusen Gefühls oder moralischer Empörung, sowie auf einer merkwürdigen Begriffslosigkeit oder Denkfaulheit. Noch in seiner Reaktion auf Jutta Dithfurths Kritik an den „neuen Montagsdemos“ in der Sendung „Kulturzeit“ auf 3Sat kann sich Ken Jepsen nur moralisch empört und persönlich „angefasst“ geben oder journalistisch nach „Beweisen“ rufen, die Dithfurths Kritik zu untermauern hätten – von einer originär politischen (Gegen-)Argumentation, die etwa seine politische Sicht der Dinge darlegen würde, ist er aber meilenweit entfernt. Jepsen kann offenbar, hier ganz post-demokratisch und unpolitisch, nur in Kategorien des Empirischen, des Nachweises und der journalistischen Recherche argumentieren; eine genuin politische Argumentation, die den Unterschied etwa zu einer Beweisführung vor Gericht markiert, wäre aber das glatte Gegenteil: hier ginge es nicht um *Sichtbarkeiten* (wer hat was wann belegbar gesagt), sondern um die *Plausibilität eines Argumentationsstrangs*, bei der Logik, Werteorientierung, Abstraktion von persönlichen Befindlichkeiten und schließlich eine politische *Interpretation von Ereignissen* den Ausschlag geben. Natürlich, wer nach empirischen Beweisen ruft, ist immer auf der sicheren Seite - wohingegen die Einnahme eines politischen Standpunkts immer ein Risiko darstellt, politisch widerlegt zu werden. Von daher: mehr Risiko, meine Herren, und weniger Larmoyanz oder höchstrichterliche Attitüde!

Die gedankliche Durchdringung unserer Wirklichkeit anhand von Begriffen ist also notwendig, um eine planvolle, orientierende und orientierte politische Aktionen im Sinne einer Emanzipation von Subalternen zu initiieren (so man das überhaupt will). Ein Leserbrief-Schreiber in der FR brachte neulich diesen irrationalen, „gefühlbetonten“ Ansatz der Nicht-Politik in Verbindung mit einem antiamerikanistischen Ressentiment bezüglich der aktuellen Ukraine-Krise unfreiwillig auf

den Punkt, indem er davon schrieb, dass die Menschen instinktiv spürten, dass hier die „transatlantische politische Elite“ ein gigantisches Schauspiel inszeniere. So einfach ist also die Welt: die Ukraine-Krise ist ein „Schauspiel“ (und kein realer Konflikt) und ihre möglichen Ursachen werden gar nicht erst analysiert, sondern die Schuld trage eine ominöse „transatlantischen Elite“ (wer oder was ist das eigentlich?) und Russland, so hätte der Schreiber folgerichtig hinzufügen können, ist natürlich komplett unschuldig. Diese Schlichtheit, die aus bloßen Postulaten besteht und so gänzlich auf jeden argumentativ-plausiblen Kontext verzichtet, grenzt an den Tatbestand der Beleidigung menschlicher Intelligenz. Wer über Krieg und Frieden nachdenken will – und dies ist eine Bedingung dafür, mit seiner Angst umzugehen, sie sozusagen zu kanalisieren -, der muss – neben dem dafür zweifelsohne notwendigen emotionalen Moment als auslösendes – einen Begriff entwickeln, was jeweils Krieg und Frieden ist, wodurch und wann Frieden in Gefahr ist, usw. Zur Urteils- und politischen Bewußtseinsbildung braucht es Kriterien, die es mir erlauben, die Welt überhaupt interpretieren zu können, in der wir leben. Der Philosoph Alain Badiou definiert in diesem Sinne politisches Denken als „Treffen einer Wahl, eine Entscheidung“, das, will es emanzipatorisch sein, vier Kriterien erfüllen muss: (persönlich-emotionale) Distanz zum Ereignis, über das nachgedacht wird; denkende Erfassung dessen, was ist; aber auch der Versuch, das zu denken, was *noch nicht* ist und, viertens, die Einnahme eines universal-emanzipatorischen, nicht partikularistisch-konservativen, Standpunktes. Wer auf ein solches politisches Denken verzichtet oder auf Demos dazu gar nicht erst ermuntert, der entmündigt die Menschen – sie sollen offenbar nicht nachdenken, sie sollen *folgen*; sie sollen nicht etwa darüber debattieren, wer oder was die Ukraine-Krise so explosiv macht – ihnen muss beigebracht werden, dass die Schuld bei der „transatlantischen politischen Elite“ zu liegen habe. Geködert werden sie durch die Aussicht, auf den „neuen Montagsdemos“ endlich einmal ihrem Unbehagen Ausdruck verleihen zu können. Das ist Gegen-Aufklärung und zeigt das intellektuellenfeindliche, misanthropische Potential der „neuen Montagsdemos“: überall dort, wo bei der Interpretation von Wirklichkeit nirgends ein Zweifel, ein Rest, der nicht aufgeht oder eine Lücke bleibt, und auf der anderen Seite die „Verursacher“ von Krisen schon von vornherein feststehen, hat gehaltvolles Denken abgedankt und werden die Menschen, die von Friedenssehnsucht erfüllt sind, nicht ernst genommen, kurz: verarscht.

Wer weder links noch rechts sein will, steht im Zweifel rechts: Die Leugnung von Struktur und Gleichheit

Auf diese Weise steigert der Ausspruch „wir sind weder rechts noch links!“, den die Organisatoren stolz in die Menge rufen und der übrigens auch auf den Wahlplakaten des rechtsextremen französischen „Front National“ prangt, die Nicht-Politik noch, weil er, zu Ende gedacht, dazu aufruft, eben *keine* Stellung zu beziehen, *keinen* Standpunkt innerhalb der objektiven gesellschaftlichen Auseinandersetzungen und gegebener Fronten zu erarbeiten. Das „NLNR-Paradigma“ (NoLeftNoRight) leugnet und harmonisiert zugleich die realen Konflikt- und Klassenlagen in der Gesellschaft (z.B.: soll das Interesse der Unternehmer an Profit und Kapitalakkumulation über der Wohlfahrt der Gesellschaft stehen oder nicht? Betrachten wir uns als ein „homogenes Volk und Nation“ oder feiern wir eine offene, plurale, multikulturelle Gesellschaft? Geht es uns um die Freiheit der Wirtschaft oder um den Fundamentalwert der freien Gleichheit *der Menschen*, und nicht „der Deutschen“?): im Kapitalismus gibt es wenige Gewinner und viele Verlierer, aber dies deswegen, weil der Kapitalismus zu allererst eine Struktur ist, und nicht von einzelnen Gruppen „gelenkt“ würde. Der Kapitalismus ist die Krise, nicht die

FED oder die USA. Stattdessen spielen die Organisatoren der Montagsdemos mit der Verunsicherung der Menschen allgemein und mit der Angst vor dem Krieg; sie schwören sie auf krude und eindimensionale Feindbildkonstruktionen ein. Dies alles ist aber nun völlig untauglich, Menschen eine politische Orientierung zu bieten, die es ihnen erlauben würde, diese unsere Welt besser zu verstehen und in eine – gesellschaftsverändernde - politische Aktion zu bringen. Es bleibt uns aber nicht erspart: das „gute Leben“ erreichen wir nicht, indem wir mal eben schnell die FED oder die NATO abschaffen, nein: wir erreichen es nur durch eigene, intensive politische und programmatische Anstrengung möglichst vieler Menschen, durch das gemeinsame, solidarische und demokratische Nachdenken, Streiten und Diskutieren um den besseren Weg jenseits von Schuldzuschreibungen.

Worum geht es im Kern bei den „neuen Montagsdemos“? Sie sind ein Spektakel, das – im besten Falle - einem diffusen Gefühl bei bewußtem Verzicht auf einen dezidierten politischen Standpunkt Raum gibt. Der aufklärerische „Nutzen“ ist bei einem so gelagerten „Schauspiel“ daher eher gering; denn es hilft den Menschen nicht weiter, in einem unguuten Gefühl einfach nur bestätigt zu werden – es fehlt die Zurverfügungstellung eines Raumes, in dem die Menschen miteinander debattieren, um sich selbst orientieren und organisieren zu können, sich sozusagen jenseits vorgegebener Klischees und identifizierten „Schuldigen“ selbst ermächtigen können – das erst wäre politisch zu nennen. Das Phänomen der „neuen Montagsdemos“ kann somit durchaus in einem gewissen Sinne als „rechts“ klassifiziert werden, aber in einem ganz anderen Sinne, als es bisherige Kritiker_innen formulierten: da wäre *erstens* der *post-demokratische* Verzicht auf einen offen und transparent reflektierten politischen Standpunkt („no left, no right!“). Ein solcher Verzicht bedeutet automatisch und notwendig die - vielleicht ungewollte, aber logisch folgerichtige – Affirmation des (schlechten) Gegebenen, die wiederum gleichbedeutend ist mit einer Absage an seine emanzipatorische Veränderung; dies wäre sozusagen die Variante „rechts, weil nicht links“. *Zweitens*: wenn dann noch Postulate im Modus von Antiamerikanismus, Antiisraelismus/Antizionismus und sonstigen *Verschwörungstheorien* hinzutreten, ist im Ergebnis der theorielose, begriffslose, denkfaule und emotionsgeladene Appell an den inneren Schweinehund, die Wut, das Ressentiment des Menschen vollendet; das wäre die Variante „rechts, weil nicht rechts und nicht links“. Emanzipatorische Politik hingegen unterzieht sich immer der Mühe einer programmatischen Selbstvergewisserung und politischen Selbstermächtigung im Modus der Strukturanalyse und der Begriffs- und Theoriebildung, um die „Welt, in der wir leben“, überhaupt begreifen zu können. Denn das, was ist, steht nie von vornherein fest – zu einem Urteil über die Verhältnisse ist immer das Ergebnis intellektueller Anstrengung nötig. Insofern könnte man das beschriebene NLNR-Paradigma auch umformulieren: wenn man nicht links ist (=no left), verändert man nichts am Unrecht bzw. verhilft den Subalternen nicht zu ihren Rechten (=no right). Wo also, so möchte man Jepsen & Co. gerne fragen, bleibt Euer Begriff von Freiheit und was bedeutet er für euch, wo ist die Freiheit eurer Meinung nach durch was bedroht? Was ist mit dem liberalen Fundamentalwert der menschlichen Gleichheit, wie interpretiert ihr ihn, wo wird er durch was verletzt? Oder, noch wichtiger: wer konkret sind für Euch die Verlierer und wer die Gewinner im Kapitalismus? Eine kleine Hilfe zur Beantwortung: sind für euch die Verlierer die Nation oder „die Deutschen“ oder sind es – transnational und horizontal gelagert – die weltweit prekär Beschäftigten, die von Hunger geplagten, die materiell Verarmten, die nach Lampedusa Flüchtenden? Wie auch immer die Antwort ausfallen wird - Jepsen & Co. mobilisieren ohne zu emanzipieren, sie „informieren“

ohne zu orientieren, und: sie wollen – vielleicht, im günstigsten Falle – aufklären, sie wirken aber alles andere als aufklärerisch.

Und jenseits der Hauptorganisatoren: in postmodern-postpolitischen Zeiten grassierender Unübersichtlichkeit oder „Alternativlosigkeit“ stellen sich Teilnehmende an den neuen Montagsdemos vielleicht die Frage, was denn heute links oder rechts sei, wie beide zu unterscheiden seien oder stellen sogar die Behauptung auf, es gebe doch gar keinen Unterschied mehr zwischen rechts und links. Diese Frage wäre dann eine weitere Variante des oben beschriebenen, unpolitischen NLNR-Paradigmas. Entgegen der darauf oft reproduzierten Antwort, dies sei schwierig zu beantworten, weil eben die Welt so fürchterlich komplex geworden sei, muss hier das Gegenteil behauptet werden, dass nämlich die Beantwortung der Frage, was rechts von links unterscheidet, ganz einfach und ohne Probleme leistbar ist. Der Begriff dazu ist der „Nom-de-L/Égalité“ (Der Name der Gleichheit als Struktur), er konzeptionalisiert die bereits oben gegebenen Hinweise zu Politik bzw. Nicht-Politik. „Links“ ist, was Gesellschaft als eine Struktur betrachtet, aus der logisch die prinzipielle und irreduzible Gleichheit aller Menschen auf diesem Planeten hervorgeht. „Rechts“ wäre dann zu nennen, was diese soziale Strukturalität leugnet und immer nur auf handelnde Personen rekurriert (und darin meistens auf Verschwörer oder sonstige Sündenböcke). Von da aus läßt sich gut erklären, warum im rechtspopulistischen Denken die objektiven gesellschaftlichen Spaltungen immer nur im Modus der Schmitt'schen Unterscheidung von Freund und Feind gefaßt werden kann und nie in kapitalismuskritisch-strukturlogischen Begriffen von z. B. „arm und reich“. Diese Differenz spiegelt sich interessanterweise auch in der seit Jahrzehnten geführten Debatte in der Soziologie, was denn nun für die Gesellschaft eher konstitutiv sei, Strukturen oder Handlungen („structure or agency?“). Dialektisch-materialistische, also linke, Ansätze gehen dabei immer von (politökonomischen) Strukturen aus, die aber selbstverständlich nicht freischwebend nur für sich existieren, sondern natürlich in Wechselwirkung mit realem menschlichem oder politischem Handeln, sprich: mit Subjektivität und Handlung, stehen. Konservativ-soziologische Ansätze dagegen verteidigen eher die tatsächliche, praktische Handlung der Subjekte und kommen oft genug ohne jede strukturelle Thematisierung aus. Als symptomatisch für diese Position kann deren liberalistisch-libertäre (Anarcho-)Radikalisierung in Form der „Chicagoer Schule des Neoliberalismus“ gelten, die Margret Thatcher seinerzeit zum (politischen Programm und) Ausdruck brachte: „*Gesellschaft? Ich kenne so etwas wie ‚Gesellschaft‘ nicht, ich kenne nur Individuen*“. Im Folgenden muss also noch etwas zu Struktur und/oder Handlung und deren Subjektivität gesagt werden.

Das hypernarzisstische Subjekt...

Was könnte der Hintergrund all dieser reaktionären Entwicklungen sein und vor allem: welche theoretische Begründung könnte geeignet sein, den *Kern jener beschriebenen Entpolitisierungsprozesse* zu erklären? Der Anstrengung, die das genuin Politische bedeuten würde, steht offenbar eine Subjektivierungsform entgegen, die sich zusammen mit der neuesten kapitalistischen Krisenkonstellation herauszubilden scheint: das hypernarzisstische Subjekt¹, das sich vom gesellschaftlich-politischen großen Anderen entfernt. Diese Subjektivierungsform steht, um es vorweg zu nehmen, für die paradoxe Bewegung von Erosion des Gesellschaftlichen

¹ Vgl. „Welt als Wille zur ökologischen Vollstreckung“ von Volker Koehnen auf www.ifkt.org – hier wird das „Volksleiden“ Narzissmus ausführlicher diskutiert.

einerseits und für die zugleich prozessierende, kollektive „Individualisierung“ andererseits, ohne jedoch, das ist wichtig festzuhalten, das eine zugunsten des anderen etwa vollständig aufzulösen. Das Ganze, so könnte man sagen, hat scheinbar aufgehört, mehr als die Summe seiner Teile zu sein. Der Politikwissenschaftler Stephen Gill konstatiert, dass die gramscianische Hegemonie des neoliberalen Krisenregimes durch seine einseitige Kapitalorientierung zunehmend gesellschaftliche Widersprüche und Konfliktlagen schaffe, wie z.B. Kapitalmacht versus mangelnde demokratische Kontrolle, welche dieses Regime zunehmend weniger durch Konsens und immer mehr durch Zwang und Disziplin zu kontrollieren und zu beherrschen trachtet. Dies sei nun aber, so Gill, kein offener, autoritärer Fremdzwang, sondern ein internalisierter Zwang der neoliberalen Subjekte à la Foucaults „Selbstregierungstechniken“, also die Entwicklung eines genuin subjektiv-individuellen Interesses an persönlicher Leistungsfähigkeit, Marktgängigkeit, ästhetischer Schönheit, Disziplin am Arbeitsplatz usw., das sich in die neoliberalen Kapitalverwertungsprozesse auf der Ebene der Gesellschaft nahezu nahtlos einfüge. Gill nennt das Krisenregime daher „disziplinierender Neoliberalismus“. An dieser Stelle müßte Gill aber weiterdenken: was bedeutet diese subjektive „Selbstdisziplin“ im Kern, ist sie tatsächlich ein, zwar via Internalisierung funktionierender, aber doch logisch von „außen“ auferlegter Zwang, oder handelt es sich bei diesem Phänomen nicht doch eher um das lacanianische Genießen in seiner bis ins Extrem gesteigerten narzisstischen Form? Der Kapitalismus kann per se als im Kern narzisstische Vergesellschaftungsform betrachtet werden, weil es sowohl in der Konsumsphäre, als auch bei der „freiheitlichen“ Wahl von Identitäten um das Ausagieren von Bedürfnissen und deren Befriedigung geht – die Betonung liegt in diesem Zusammenhang auf einer Art Hemmunglosigkeit, auf dem Verschwenderischen, das kapitalistischer Produktion und Konsumtion konstitutiv innewohnt. Die These an dieser Stelle lautet aber, dass sich dieser narzisstische Habitus in den Krisenjahren seit 2008 noch einmal verstärkt hat und sich sozusagen hypernarzisstisch hat. Der Unterschied zwischen Gills „diszipliniert-disziplinierendes Subjekt“ und dem hier favorisierten Konzept des hypernarzisstischen Subjekts läge dann bei der Beurteilung der Rolle von gesellschaftlichem Zwang: Gill trennt in gutbürgerlich-liberalistischer Manier die Gesellschaft vom Individuum ab, und umgekehrt. Abgesehen davon, dass eine solche Trennung eine Herrschaftsstrategie des Liberalismus (war und) ist, um z.B. die Sphäre der unbedingten Gleichheit im Gesellschaftlich-Politischen von derjenigen der massiven Ungleichheit im ökonomisch-individuellen unterscheiden und affirmieren zu können, resultiert aus dieser Spaltung eine Art logischer Irrtum. Das bürgerliche Märchen vom Naturzustand, in dem es nur vereinzelte, kriegerische Individuen gab, die sich dann aus Vernunft eine Gesellschaft mit Regeln, also einen Staat schufen, um Frieden einerseits und eine rechtliche Einhegung der ökonomisch-kapitalistischen Tätigkeiten der Vielen via Privateigentum zu schaffen, muss poststrukturalistisch umgekehrt werden: das logische Erste ist die Gesellschaft, die symbolische Ordnung, das logisch Zweite sind die Subjekte, die aus ihr „resultieren“ und diese wiederum rückkoppelnd mit Leben füllen, via ihrer vielfältigen Phantasmen ausfüllen. In dieser inversen Perspektive gibt es keinen „Zwang“, der immer nur in eine Richtung wirkt, sondern ein komplexes Kräfteverhältnis von Initiation, Rückkopplung, Initiation, Rückkopplung usw.

Das hypernarzisstische Subjekt des neoliberalen Krisenregimes kann daher nicht einfach nur als „Opfer“ der zwanghaften Verhältnisse betrachtet werden; es ist vielmehr auch „Täter“, oder besser: es ist auch „Perpetuum Mobile“ der gesellschaftliche Verhältnisse, in denen es lebt. Und der Mechanismus, der dies in Gang hält, ist ein sehr perfider, der erhebliche theoretische Anstrengung aus emanzipatorischer Perspektive erfordert, um ihn gedanklich durchdringen zu

können, weil er auf der Tiefendimension und Triebstruktur des Subjekts aufrucht. Er dockt an einer narzisstischen Struktur an, die durch die Sehnsucht nach ursprünglicher Einheit und störungsfreier Bedürfnisbefriedigung geprägt ist, kurz: durch den Rauswurf des Anderen aus sich selbst und der Manifestation eines ureigenen, isolierten Selbst-Universums. Diese narzisstische Struktur ist jedoch, wie jedes Genießen, zutiefst ambivalent, ist Freud und Leid zugleich: sie bezieht ihre Attraktivität aus der Befriedigung mit Lustobjekten; der Schmerz jedoch, der damit verbunden ist, besteht in einer Art „reaktionären Disziplin“ des Narzissten, die nun aber ganz anderer Art ist als die von Stephen Gill beschriebene Disziplin: um solcherart genießen zu können, müssen nämlich andere Triebe, Regungen und sonstige vitale oder soziale Äußerungen des Subjekts unterdrückt werden, wie z.B. die Sehnsucht nach Gemeinschaftlichkeit, nach einer mit realen Objekten geteilten Emotionalität und Nähe, nach einer Lebensfreude, die nicht im Modus des Todestribs ausagiert wird usw. Narzisstisch zu sein bedeutet also harte Arbeit. Zugleich aber wirkt diese narzisstische Orientierung wie eine Art „Befreiung“ – vom großen Anderen, oder allgemeiner, von der symbolischen Ordnung, und durch den genannten Rückzug in das „Selbst-Universum“ damit auch eine Art Loslösung von Strukturen der Kollektivität, Totalität oder Allgemeinheit, manchmal sogar von der Zivilität. Das hypernarzisstische Subjekt genießt (unbewußt, im psychoanalytischen Sinne) also, zwar unter Schmerzen, aber es genießt. Und es befreit sich, gestützt und gefördert von den gesellschaftlichen Verhältnissen, die es damit zugleich reproduziert, vom Nebenmenschen – so könnte der Teufelskreis benannt werden. Diese neoliberale Hypernarzissierung könnte die Erklärung dafür sein, warum z.B. Arbeitnehmer_innen, deren Arbeitsplatz in Gefahr ist, oft eher in die – zunächst rational und logisch gebotene, weil der Arbeitsplatzverlust seit Hartz IV den sozialen Absturz bedeutet - Anpassung oder „Unterwerfung“ an und unter den Unternehmer gehen, als – z.B. durch gewerkschaftliche Organisierung - in Opposition und Widerstand zu ihm und einem System, das für ihre prekäre Lage verantwortlich ist².

Und genau hier liegt der dialektisch-widersprüchliche Zusammenhang zwischen der Subjektivierungsform der Hypernarzissierung und dem postdemokratisch-autoritären Kapitalismus: Leistung, Schönheit, Sorge um die Arbeitsplatzsicherheit, ganz allgemein: die im Ergebnis genießende Funktionsfähigkeit und Passung des Subjekts an die aktuellen gesellschaftlichen Verhältnisse muss gerade *ohne* diese Gesellschaftlichkeit, auf der sie aber aufrucht, auskommen. Und je gesteigerter, dynamisierter und beschleunigter die kapitalakkumulationsgestützte Gesellschaft prozessiert, je brutaler ganze soziale Zusammenhänge in die Zersetzung getrieben werden (vgl. die Austeritätspolitik und ihre Ergebnisse in Griechenland), umso mehr muss auch das Narzisstische der Subjektivität sich gesteigert darin ausdrücken, dass sie diese Zersetzung, sozusagen intrapsychisch, wiederholt und reproduziert, weil diese Geste einzig noch im Meer der Brutalität dazu geeignet scheint, wenigstens eine kleine Insel aus Kongruenz, Stimmigkeit und Identität zu sichern. Und vielleicht kann im Hypernarzissismus die paradigmatische Subjektivierungsform eines finanzmarktgetriebenen, liberalen Turbokapitalismus gesehen werden, der auf politisch-staatlicher Ebene die Entsicherung und Entdemokratisierung organisiert; hier greifen die liberale

² An dieser Stelle sieht man den politisch gewollten Zusammenhang von primärer und sekundärer Ausbeutung im neoliberalen Kapitalismus: der Erhalt des Jobs, der ja immer auch *primäre Ausbeutung* ist, wird genau darum zum wichtigsten Ziel, weil ohne ihn die *sekundäre Ausbeutung* greift, nämlich die immer mangelhaftere sozialstaatliche Absicherung in der Arbeitslosigkeit – man hält also lieber an der primären Ausbeutung fest, als sich sekundär ausbeuten zu lassen.

Ideologie der „Freiheit des Einzelnen“ (vom Staat und Kollektivität im allgemeinen) und die narzisstischen Struktur der „Freiheit vom großen Anderen“ ineinander.

Die Zutaten für die hypernarzisstische Suppe auf politischer Ebene indes, die sozusagen die andere Seite des Hypernarzissmus zeigen, also Expressivität, Gefühlsbetonung, Theoriefeindschaft und ausschließliche Praxisorientierung, können damit als das Symptom entpolitisierter Zustände betrachtet werden. Das darauf aufruhende Phantasma, klassisch-kritisch formuliert: die Ideologie, das/die auch bei den neuen Montagsdemos zu beobachten ist, wäre dann das eines unpolitischen, asozialen Reflexes anstelle einer intellektuellen Durchdringung der gesellschaftlichen Verhältnisse: die Zuschreibung von „Schuld“, die Benennung von Sündenböcken, usw. Damit kann auch im neoliberal-postpolitischen Feld eine gewisse Passung zu narzisstischen Strukturen festgestellt werden: das hypernarzisstische Individuum ist deswegen bevorzugt „weder rechts noch links“, weil es am liebsten „es selbst“ ist und daher den politischen Gegner nur als Feind, den politischen Konflikt nur als „Störung des Selbst-Universums“ (und nicht als notwendige Voraussetzung für das Politische einer solidarischen Gesellschaft) betrachten kann. Wie aber wäre dieses Phantasma als Ideologie einzuordnen und zu klassifizieren?

...und seine Ideologie

Traditionelle linke Kritik an gesellschaftlichen Zuständen operiert gern mit dem Begriff der Ideologie, vulgärmarxistisch wird ein ideologisiertes Bewusstsein oft als „falsches Bewusstsein“ bezeichnet, also als eine Art fixe Idee, die deswegen falsch sei, weil sie nicht die „wahren Zustände“ widerspiegeln, „in Wahrheit“ sei doch eigentlich alles ganz anders, man müsse nur die ideologische Verschleierung demaskieren und alles sei wieder in Ordnung. Demgegenüber soll hier für einen fundamental anderen Ideologiebegriff im Anschluß an Althusser plädiert werden. Ideologie soll, wie oben am Beispiel des hypernarzisstischen Subjekts, als „passgenaues“ Bewusstsein, als Identität oder Phantasma von Subjekten verstanden werden, das exakt (!) ihre gesellschaftlich-individuellen (strukturellen) Lebensbedingungen zum Ausdruck bringt, es daher also nicht „falsch“ sein kann, sondern, im Gegenteil: „richtig“ ist bzw. einen hegelianischen „Moment von Wahrheit“ enthält. Desweiteren wird behauptet werden, dass es keine Subjektivität *ohne* Ideologie geben kann.

Der Kern, um den es hier geht, läßt sich so umschreiben: im Gegensatz zum Gerichtssaal oder zum chemischen Labor, deren Logik sich im Empirischen, im Beweis und Nachweis erschöpft, geht es in der Sphäre des Gesellschaftlichen und Politischen v.a. um hoch umstrittene, konflikt- und machtförmige Deutung und Begriffsbildung, quasi um Fiktion und „als-ob“, weil, wie beschrieben, sich uns die Wirklichkeit nur vermittelt erschließt, sie uns also nie unmittelbar gegeben ist; und der Maßstab der argumentativen Erschließung dessen, was Realität ist, ist immer die bereits oben genannte Plausibilität einer „Welterklärung“, nicht etwa ihre essentialistische Wahrheit. Da wir uns in politischen Kontexten also nicht in der naturwissenschaftlichen Faktizität befinden, sondern in der geisteswissenschaftlichen „Hermeneutik“ bzw. Logik, sind die wissenschaftstheoretischen oder epistemologischen Grundlagen politischer Argumentationen das bloße Annehmen, das beinahe willkürliche Beziehen eines Standpunktes (der freilich „gut“ begründet sein muss, sich transzendenten Verweisen auf etwa Gott oder die Natur enthalten muss und sich seiner prinzipiellen Kontingenz bewusst ist, will er nicht seinerseits in einen ominösen Essentialismus ableiten). Nun gehört es

zum Allgemeinwissen, dass der Mensch, transhistorisch-anthropologisch und kulturell je nach Epoche unterschiedlich, immer schon sich, sein Umfeld und die Welt, in der er lebt, zum Gegenstand seiner Reflexion gemacht hat; das unterscheidet ihn vom Tier. Daher ist *sein* Bewußtsein immer zugleich auch *das* Bewußtsein *dessen*, worüber er nachdenkt; die gesellschaftliche Vermitteltheit von Realität kommt darin zum Ausdruck, weil die Realität kein Eigenwesen – zumindest keines, das wir ohne unser Zutun erkennen könnten – hat (vgl. das Kant'sche „Ding-an-sich“). Dieser Umstand kann auch dialektisch-materialistisch formuliert werden, Marx nannte dies so: „Das gesellschaftliche Sein bestimmt das Bewußtsein“ oder: „Der Mensch ist das Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse.“ Althusser entwickelte dafür den Begriff der „abstrakten Ideologie“ (im Gegensatz zu einer konkreten, z.B. religiösen, neoliberalen usw. Ideologie, die immer Ausdruck von Klassenverhältnissen ist). Sie ist *der Platz*, den konkrete Ideologien in der Gesellschaftsstruktur einnehmen; sie ist „geschichtslos“, also nicht „konkret“, weil der Begriff ein strukturalistischer ist, ein spezifischer Ort in der Struktur der jeweiligen symbolischen Ordnung; sie ist *Form*, nicht Inhalt. Ideologie ist nach Althusser eine bestimmte Organisation sinnstiftender Praxis, die den Menschen als gesellschaftliches Subjekt konstituiert. Sie ist ein Produkt der Verhältnisse und ein Mechanismus, der die gesellschaftlichen Strukturen reproduziert. Ideologie ist daher nicht bloß eine Form des Bewusstseins, sondern gewissermaßen auch materialisiertes Bewußtsein. Ihr Ort ist daher nicht nur der Kopf, sondern auch konkrete Institutionen (Althusser nennt sie die "Ideologische Staatsapparate"), wie z.B. Schulen oder Universitäten, oder reale Plätze, wie der Alexanderplatz in Berlin, wo die neuen Montagsdemos stattfinden; auf diesem präfigurierten und realen Platz wird ein imaginärer Sinn in einer symbolischen Struktur produziert. Das erklärt, warum Ideologie nicht einfach eine verkehrte, illusionäre Repräsentation der wirklichen Verhältnisse ist – sie spiegelt das imaginäre Verhältnis des Menschen zu seinen Existenzbedingungen, hier: die völlig sinnentleerten postpolitischen Verhältnisse und deren narzisstische Verarbeitung bzw. „Wiederauffüllung“ mit bestimmten Sinn. Imaginär heißt aber nicht unreal, sondern sagt nur aus, dass gesellschaftliche Verhältnisse und Strukturen immer produktiv mit Sinn erfüllt werden (müssen). Dieser Sinn ist aber imaginiert, d.h. er findet sich nicht automatisch in den Dingen oder in Beziehungen zwischen verschiedenen Dingen. Diese „abstrakte“, politische Bewußtsein soll hier als Ideologie – im Unterschied zur Empirie oder Religion als den beiden anderen „Registern des Seins“ des Menschen - bezeichnet werden, und die Ideologie hat immer etwas von einem Phantasma. Diesen Punkt kann man auch struktural-psychoanalytisch begründen: Lacan setzt, in enger theoretischer Nachbarschaft zu Althusser, das psychische Register des Bewußtseins, also des „Ich“, mit einem Phantasma, also einer Täuschung, gleich, weil es auf einer symbolischen Struktur aufruhrt, die unbewußt und nie abgeschlossen, sondern immer lückenhaft die Position von Subjektivität und Bewußtsein definiert; eine Position, die irreduzibel darauf verwiesen ist, diese Lücke (mit Sinn) auszufüllen; daraus gibt es kein (zumindest: menschliches) Entkommen.

Wie könnte nun aber im politischen Feld zwischen reaktionären und emanzipatorischen Ideologien unterschieden werden, oder, angesichts der bisher explizierten und zentralen Kritik an den neuen Montagsdemos, zwischen politisch und unpolitisch? Der Vorschlag lautet, zwischen Idiologie³ und Ideologie zu differenzieren. Ideologisch-politisches Bewußtsein ist sich seiner latenten Prekarität in Form seiner prinzipiellen Fiktionalität bewußt, es anerkennt sozusagen das

³ Abgeleitet von „idiotes“, griech. „Privatmann“: so wurden in der Antike diejenigen „unpolitischen“ Subjekte bezeichnet, die nicht an Prozeß und Ort der Polis teilnehmen wollten/konnten.

Gesetz des Symbolischen und verzichtet darauf, seiner Sehnsucht nach Endgültigkeit, Gewissheit oder Essentialität zu folgen; es fühlt sich wohl in der argumentativ-begrifflichen Operation, eine plausible Wirklichkeit zu reproduzieren. Idiologisch-unpolitisches Bewußtsein wäre demgegenüber im Kern die Selbst-Leugnung, also die Nicht-Anerkennung des Bewußtseins als Ort realitätsstiftender Begriffsbildung; es wäre diejenige narzisstische Halluzination, die die Unterschiedlichkeit per se und an sich einstampft; die Differenz zwischen Menschen, zwischen Mensch und Welt, zwischen Begriff und Gott, zwischen Naturwissenschaft und Politik usw. usf. Diese Halluzination als Ablehnung von Differenz kann wiederum nur im Modus einer ganz anderen und brutalen Differenzierung zum Ausdruck kommen (Rückkehr des Verdrängten!), nämlich in der Essentialisierung und Homogenisierung des Eigenen (z.B. das Volk, die Nation) bei gleichzeitiger – ebenso essentialistischen - Konstruktion des Fremden (die Ausländer, die Juden); auch hier scheint wieder Carl Schmitt auf. Ideologie bezieht sich immer (zurück) auf einen Ort des Öffentlichen, die Agora, auf dem sie entsteht; wohingegen in der Idiologie der öffentliche Raum zum privatistischen Refugium, zum Wohnzimmer, zusammenschrumpft. Ideologisches Bewußtsein erkennt sich selbst, indem es vornehmlich in (kapitalistischen) Strukturen prozessiert; idiologische Nicht-Politik lehnt sich selbst ab, indem sie nur Personen und Gruppen (als Übeltäter) identifizieren kann. Ideologie erkennt im singulären Ereignis seine Universalität (vgl. „Anteil der Anteillosen“), hat also eine Vorstellung vom Abstrakten und Allgemeinen bzw. einer Totalität; Idiologie, genau umgekehrt, universalisiert Einzelereignisse und –meinungen (vgl. Verschwörungstheorien), sie kann nur im partikularistisch-konkretistischen Modus agieren.

Um aber auch hier der Falle einer theoretischen Engführung zu entgehen, die darin besteht, das Unpolitische zu stigmatisieren und als einen „unnötigen“ Betriebsunfall mißzuverstehen, den es nicht geben müsste, wenn die Menschen nur alle vernünftig seien, muss in dialektischer Perspektive betont werden, dass es sowohl Idiologie als auch Ideologie wohl immer nebeneinander und zugleich geben wird; auch dies ist Ausdruck der oben beschriebenen Strukturalität von jeder subjektiven Existenz und ihrer Einschreibung in gesellschaftliche Konflikt- und Klassenlagen; eine solche Dynamik ist nicht still zu stellen. Es gibt eben immer einen Rest, der nicht aufgeht; hier ist Ideologie im Unterschied zur Idiologie, die eben gerade diesen Rest leugnet, ganz humanistisch. Was einzig emanzipatorischer Theorie und Praxis übrig bleibt, ist Stellung zu beziehen und qua dezidiert aufklärerischer Programmatik und politischer Aktion im Modus der Ideologie den Konflikt mit idiologischen Erklärungsfetzen zunächst zu markieren, und sodann den Kampf aufzunehmen, um sie kleinzuhalten. Und ihr bleibt der Kampf für eine Transformation dieses Kapitalismus, welche einmal andere, vielleicht „humanere“ Idiologien gebiert, als es im gegenwärtigen System des postpolitisch-autoritären Kapitalismus der Fall ist. Es ist dies der ganz traditionelle – theoretische, strategische, praktische - Kampf gegen die Barbarei und für den demokratischen Sozialismus.

Rückkehr der Politik statt „Zurück zum Gefühl!“

Fassen wir zusammen: mein Punkt war nicht, den drei Hauptakteuren etwa rechtes Denken vorzuwerfen; was sie tatsächlich so den lieben langen Tag denken, ist mir, ehrlich gesagt, (Conchita) Wurst. Nein, meine Absicht war nicht, ihren Fehler der Personalisierung von politischen Prozessen zu wiederholen, sondern die politische Bewertung zu entwickeln, dass sie Woche für Woche ein Spektakel organisieren, das *Ausdruck* und nicht etwa *Abhilfe der gähnenden, lähmenden, ideologisierten, desorientierten und unpolitischen Verhältnisse* ist, in denen wir uns aktuell befinden und die sie ja offenbar zu verändern vorgeben. Jene

hypernarzisstischen Subjekte sollten endlich damit aufhören, die realen Ängste der Menschen im Wege der *unpolitischen Idologie* zu missbrauchen; und die Demo-Teilnehmer_innen sollten das Spiel durchschauen, das mit ihnen da gespielt wird. Vor allem sollte diese Angst nicht länger als Legitimationsquelle für den ressentimentgeladenen Abgesang auf das Politische instrumentalisiert werden. Denn ebenso wenig, wie das Gefühl der Liebe für die Existenz einer funktionierenden und stabilen Partnerschaft ausreicht, so wenig reicht allein das Gefühl der Angst aus, diese Welt zu einer besseren zu machen, als sie ist. Es ist hohe Zeit für die Rückkehr des inhaltvollen und demokratischen Politischen, der *politischen Ideologie*; die Zeit der eindimensionalen, entpolitisierten (Montags-)Demonstration von Orientierungslosigkeit dagegen ist hoffentlich bald vorbei.

Ob uns eine „bessere Zukunft“ beschert werden wird oder ob sich die unpolitischen Idiologien hypernarzisstischer Subjektivität weiter ausbreiten, wird davon abhängen, inwieweit es linksemanzipatorischen Kräfte gelingt, die sublimierte Form einer gesellschaftlichen Totalität, statt der narzisstisch verzerrten Vorstellung einer „individuellen Nicht-Kollektivität“ – also die aufklärerische Umwandlung eines negativen Gesellschaftsbezugs in ein kritisch-affirmierendes Gesellschaftskonzept -, in den Köpfen zu verankern. Dabei wird es aus strategischer Perspektive darauf ankommen, an den Widersprüchen des postpolitisch-autoritären Kapitalismus mitsamt seiner Subjektivierungsformen anzusetzen und den politischen Wert der irreduziblen Gleichheit der Subjekte dagegen zu halten; sozusagen den Kapitalismus im „Nom-de-L/Égalité“ („Im Namen des Gesetzes und der Gleichheit!“) anzusprechen. Diese Aufgabe würde bedeuten, dialektisch über den Liberalismus als (Geistes-)Grundlage unserer Gesellschaft hinauszugehen und – historisch und logisch - nicht „vor ihn“ zurück zu wollen.